

Zeitschrift: Freidenker [1956-2007]
Band: 85 (2000)
Heft: 1

Artikel: ...Frieden schaffen [Fortsetzung]
Autor: Renner, Michael / Caspar, Reta
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1041943>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 20.11.2024

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>



Fortsetzung von FREIDENKER 12/99

Obwohl sich die Welt vom nuklearen Abgrund zurückgezogen hat, ist Abrüstung aktuell wie nie zuvor. Es gibt immer noch zuwenig international anerkannte Normen, welche die Produktion, den Besitz und den Handel von Waffen beschränken. Jahrzehntelange Anstrengungen zur Rüstungskontrolle haben nur schwache Einschränkungen bei ganz bestimmten Waffentypen erreicht. Die Liste jener Waffen, die seit 1899 – als die erste Haager Friedenskonferenz die sogenannten Dumdum-Geschosse bannt – geächtet worden sind, ist sehr kurz verglichen mit jener der nicht regulierten Waffen. Obwohl 1925 der Gebrauch von chemischen Waffen verboten worden ist (eine seither mehrmals verletzte Rege-

...Frieden schaffen

lung), dauerte es fast 70 Jahre, bis 1993 die Konvention über chemische Waffen die Produktion und den Besitz solcher Waffen verbot. Erst 1995 wurden Verkauf und Gebrauch von Laserwaffen verboten und erst 1999 trat das Übereinkommen gegen Personenminen in Kraft, das die USA aber immer noch nicht unterzeichnet haben.

Unsere Aufmerksamkeit muss als Nächstes der Elimination aller Nuklearwaffen gelten. Die Atommächte beharren nicht nur darauf, dass sie ihre derzeitigen Arsenale unbeschränkt lange erhalten können, sondern wollen weitere Modernisierungsprogramme realisieren und diese Waffen einsatzbereit halten. Die Vorräte nehmen laufend zu: Indien und Pakistan sind bereits Mitglied im "Club" und es ist zu optimistisch anzunehmen, dass andere Staaten nicht versucht sein könnten, ihre alten Strategien wieder aufzunehmen um selbst Atommacht zu werden. Auch wenn keine Regierung beabsichtigt, einen nuklearen Krieg anzufangen, birgt der heutige Zustand viele Gefahren, so den versehentlichen Abschuss, aber auch den Diebstahl von Waffen und damit verbundener Materialien und Technologien durch Terroristen oder Nicht-Atomstaaten.

Angesichts der heute dominierenden Konflikttypen ist es aber ebenso dringend, auch den Handel mit konventionellen Waffen einzu-

schränken. Riesige Mengen von Waffen allen Kalibers sind über den ganzen Planeten verstreut, darunter besonders viele kleinen Kalibers, die Waffen der Wahl bei heutigen innerstaatlichen Konflikten.

Eine alte Forderung der Menschenrechtsorganisationen und anderer Gruppierungen ist ein verbindliche Vereinbarung, keine Waffen an Regierungen zu liefern, welche keine freien Wahlen abhalten, die Menschenrechte mit Füßen treten oder in bewaffnete Aggressionen verwickelt sind. Auf freiwilliger Basis ist dies in der EU 1998 zustande gekommen, aber es wird sich noch weisen müssen, ob die Regierungen sich daran halten werden. Obwohl dies ein entscheidender Schritt zum Frieden ist, müssen wir für das nächste Jahrhundert ein ehrgeizigeres Ziel anstreben:

Ein generelles Übereinkommen gegen den Waffenhandel, mit dem Ziel, diesen aus der Routine der kommerziellen Transaktionen herauszunehmen und zu einem höchst ungewöhnlichen Ereignis zu machen.

Es wird auch Zeit, den Nutzen grosser Armeebestände neu zu überdenken und zur Norm zu gelangen, dass das Halten einer mit Angriffswaffen ausgerüsteten Armee unakzeptabel ist. Länder, welche keiner offensichtlichen äusseren Drohung ausgesetzt sind, müssen ihre Militärausgaben radikal kürzen und sich auf reine

Fortsetzung S. 2

THEMEN in diesem FREIDENKER

Frieden schaffen	1-3
Freidenkerspende 2000	3
Freidenker-Umschau	4
Waffen weg!	5
Aus den Sektionen	6

Defensivwaffen beschränken. **Gewisse Länder könnten schon bald ganz auf eine Armee verzichten** und damit Costa Rica, Haiti und Panama folgen, den Pionieren des 20. Jahrhunderts, die ihre ständigen Armeen aufgelöst haben. Solche Zeichen sind zwar ermutigend, aber eine weitreichende Verbesserung kann nur durch einen systematischen Ansatz erreicht werden. Eine Initiative von Nichtregierungsorganisationen (NGOs) mit dem Namen **"Global Action to Prevent War"** hat einen vierstufigen Prozess über 20 bis 40 Jahre vorgeschlagen, mit dem eine wesentliche Reduktion von Armee- und Waffenbeständen erreicht werden kann. Nach intensiven Konsultationen unter NOG-Experten ist diese Initiative im Mai 1999 lanciert worden.

Das zweite generelle Prinzip, auf dem Friedens- und Sicherheitspolitik basieren müssen, ist die **Universalität von Normen**. Das heisst, alle Waffenbeschränkungen müssen für alle Staaten gleichermaßen gelten. Diese Forderung steht in grossem Kontrast zu jenen Abkommen, die derzeit in den westlichen Nationen en vogue sind. Diese erlauben ausgewählten Staaten, bestimmte Waffen zu halten, die anderen verboten sind. Der Atomsperrvertrag verhindert den Kauf von nuklearen Waffen an Staaten, welche bis heute keine besitzen, also an die Mehrheit der Staaten. Aber die Atomstaaten zeigen bisher wenig Interesse, ihren Teil am Abkommen ebenfalls einzuhalten: Ernsthaftige Verhandlungen für die nukleare Abrüstung aufzunehmen.

Fortgeschrittene Länder investieren Unsummen in das Ziel, Monopolisten für bestimmte speziali-

sierte Waffen zu werden. Daraus resultiert eine Art globales Sicherheits-Apartheidsystem. Dieser schiefe Ansatz für eine Sicherheitspolitik ist nicht nur aus globaler Sicht unakzeptabel, sondern auch längerfristig nicht erfolgversprechend. Solange ein Land eine bestimmte Sorte Waffen besitzt, werden andere immer danach trachten, diese auch zu bekommen, sei es als direktes militärisches oder als Macht- und Prestigemittel. Es tönt lächerlich, aber dieses Spiel haben die Staaten schon seit Jahrhunderten gespielt.

Die Fortsetzung ist bestenfalls eine riesige Verschwendung von Ressourcen, im schlimmsten Fall aber bedeutet sie ein regionales und globales Sicherheitsrisiko.

Das dritte Prinzip einer künftigen Friedens- und Sicherheitspolitik ist die Prävention. Auch hier sind wesentliche Veränderungen notwendig. An der Haager Konferenz von 1899 bekräftigten die Regierungen ihren Wunsch, "die Kriegsgräuel so weit als militärisch möglich zu verhindern"; ein Wunsch, der unerfüllt blieb. Die begrenzte Wirksamkeit von Kriegsgesetzen hat sich in den letzten 100 Jahren deutlich gezeigt. Es würde weit mehr Sinn machen, auf die Prävention von gewalttätigen Konflikten zu setzen. Bisher war von den Staatsführern kaum mehr als Lippenbekenntnisse zur Prävention zu vernehmen, so erhielt 1997 der neu eingerichtete US-Fonds "für präventive Aktionen gegen Konflikte" riesige rhetorische aber kaum finanzielle Unterstützung. Es könnte viel erreicht werden, wenn wir ein **Frühwarnnetz für Konflikte** einrichten könnten und **permanente Schlichtungsstellen in allen Regionen der Welt**. Mehr Mittel für präventive Diplomatie und ein Gruppe begabter

und erfahrener Menschen, welche als „fliegende“ MediatorInnen für die internationale Gemeinschaft arbeiten. Konfliktprävention ist aber keine exakte Wissenschaft, sie wird immer ein Prozess von Versuch und Irrtum bleiben. Auf der einen Seite wird es Fälle geben, wo das Frühwarnsystem Fehlalarme melden wird. Auf der anderen Seite aber täte die internationale Gemeinschaft gut daran, eine gewisse Redundanz in den Konfliktbewältigungsapparat einzubauen, damit ein vielfältiges Repertoire von Ansätzen zur Vermeidung von Massenauseinandersetzungen aufgebaut werden kann. Das Verhindern von solchen Eskalationen ist keineswegs eine einfache Aufgabe, aber diese Probleme verblassen angesichts jener die entstehen, wenn ein Blutvergiessen beendet werden soll.



Konfliktprävention durch Mediation wird nicht in jedem Fall gelingen. Deshalb braucht es zusätzliche Mittel. Insbesondere muss die Idee von friedenserhaltenden Missionen weiter ausgebaut werden, damit diese ihren Namen wirklich verdienen und nicht als Feuerwehrrübung in allerletzter Minute eingesetzt werden. Im Laufe der letzten paar Jahre sind wir dazu übergegangen, friedenserhaltenden Missionen als fruchtlose Anstrengung zu betrachten: Zu wenig Leute, zu schlecht ausgerüstet und zu spät eingesetzt, unfähig einen Frieden zu sichern, der schon kaum mehr existiert. Für präventive Einsätze braucht es eine neue, permanente, gut ausgebildete Kraft unter Führung der UNO. Sie würde eingesetzt als Antwort auf klare Zeichen von bevorstehenden gewalttätigen Auseinandersetzungen entlang von Staatsgrenzen oder

sogar innerhalb von Staaten. Dieser Einsatz würde nicht die Beendigung des Konflikts bedeuten, sondern Raum schaffen für den Einsatz der Mediation.

In unserer schnelllebigen Zeit mit unserer Vorliebe für Blitzaktionen mit bestimmten Ergebnissen, stellen wir leider Ablehnung fest gegenüber den typischerweise offenen Haltungen, welche Prävention und Mediation benötigen und gegenüber den Kompromissen und Nuancen, ohne die Konfliktlösung nicht erfolgreich sein kann. Politiker sind versucht anzunehmen, dass Militärschläge wie jene gegen Serbien – mit dem Ziel,



dessen Politik im Ko-sovo zu ändern – eine schnelle, klar umrissene Alternative seien. Aber dies

ist eine fragwürdige Position. Auch wenn diese Politik gradlinig ausgeführt wird, ist das Ergebnis – z.B. im Falle Iraks, wo es das Ziel war, die Produktion von Massenvernichtungsmitteln zu verhindern – bestenfalls zwiespältig. Ohne geduldiges und frühzeitiges Engagement sind Konflikte nicht lösbar.

Weitestgehende Entwaffnung, weltweite Rüstungskontrolle und intensive Präventionsanstrengungen müssen zudem mit einer **weitsichtigen Agenda der menschlichen Sicherheit** verknüpft werden. Wir werden nicht darum herum kommen, jene Faktoren wahrzunehmen, welche zu gewalttätigen Konflikten führen. Das Gefüge der Gesellschaften muss gestärkt, die Regierungsformen verbessert werden. Ziele wie eine gerechtere Verteilung des Reichtums, die Ausbalancierung der Interessen verschiedener Gruppen, die Schaffung von genügend Arbeitsplätze, Armutsbekämpfung und der Schutz oder die Wiederherstellung von Ökosystemen sind zentrale Aufgaben in einer

Freidenkerspende 2000

Nach dem schönen Erfolg der ersten Freidenkerspende (über das Ergebnis und die Übergabe wird im nächsten FREIDENKER ausführlich berichtet) erwarten die Freien JungdenkerInnen Ihre Vorschläge für Projekte, denen Sie gerne die Freidenkerspende 2000



zukommen lassen würden. An der Delegiertenversammlung 1999 ist von verschiedener Seite gewünscht worden, dass vermehrt Projekte aus der Schweiz zur Wahl stehen sollen. Bitte nennen Sie uns

Projekte, die Ihnen 1999 durch besondere humanitäre Leistungen aufgefallen sind. Senden Sie Ihre Anregungen an: Daniel Aellig, Im Moser 17, 3704 Krattigen. Merci!

Anträge an den Zentralvorstand

An der letzten ZV-Sitzung vom November 1999 haben die Freien JungdenkerInnen mehrere Anträge eingebracht. Der Zentralvorstand hat die Anträge zur Restrukturierung innerhalb des ZV wohlwollend aufgenommen. Die Freien JungdenkerInnen haben insbesondere die Schaffung einer offiziellen Pressestelle und die Definition von Ressorts innerhalb des ZV angestrebt. An der Sitzung des Grossen Vorstandes im Dezember wurden bereits Änderungen auf die DV 2000 hin angekündigt. Am 10. Januar 2000 werden wir uns in Olten mit einer zweiten Inserateaktion beschäftigen. Interessierte und fachlich versierte FreidenkerInnen sind eingeladen,

an dieser Sitzung teilzunehmen. Parallel dazu läuft der Ausbau der FVS-Homepage.

In der Rückschau hinterlässt das Projekt Freie JungdenkerInnen einen zwiespältigen Eindruck. Tatsächlich sind die Aktiven mit grosser Zuverlässigkeit jeweils im Bahnhofbuffet Olten präsent gewesen. Leider ist es aber trotz mehrfacher Anstrengung nicht gelungen, die Gruppe (6-8 Personen) zu erweitern. Zudem hat sich die Doppelstruktur ZV / Freie JungdenkerInnen als relativ schwerfällig erwiesen. Wir werden uns deshalb im neuen Jahr darüber Gedanken machen, ob wir in dieser Form weiterarbeiten wollen.

rc

Welt, in der riesiges ökonomisches Wachstum und weitverbreitete und zunehmende Ungleichheit unsere ökologischen Grundlagen zerstören, die sozialen Probleme verschärfen und ethnische Gegensätze anheizen.

Sicherheitspolitik wird also im nächsten Jahrhundert wesentlich über militärische Ansätze hinausgehen und sich mit den sozialen, ökonomischen, demografischen und ökologi-

schen Bedingungen auseinandersetzen müssen, welche die Wurzeln der meisten Konflikte bilden.

Michael Renner

Der Autor ist als Politologe am Worldwatch-Institut in Washington tätig. Der Artikel erschien unter dem Titel "Ending Violent Conflict" in *Worldwatch Paper* 146 und unter "How to abolish war" in der amerikanischen Zeitschrift *The Humanist* July/August 1999.

Übersetzung und Kürzung: Reta Caspar